Mexiko: Über 30 Monate Streik

März 2010

Im Norden Mexikos, ca. 50 Km von der Grenze zu den USA entfernt, schwelt ein gewaltiger Arbeitskonflikt. Schon seit Juli 2007 befinden sich die MinenarbeiterInnen der Unternehmensgruppe „Grupo Minero México (GMM)“ in der Stadt Cananea im Streik. Unterstützt werden sie durch KollegInnen in Sombrerete, Zacatecas und Taxco. Das Unternehmen und der mexikanische Staat kannten von Anfang an nur eine Antwort auf die Forderungen der ArbeiterInnen: Repression. Doch trotz aller Einschüchterungen, Drohungen und Verurteilungen kämpfen die ArbeiterInnen weiter – und ein Ende ist nicht in Sicht.

Der Konflikt

Das Unternehmen GMM ist seit langem für seine besonders ausbeuterische und gewerkschaftsfeindliche Praxis bekannt. Die schweizerische NGO „Covalence“, welche die „ethischen Reputationen mulinationaler Unternehmen“ vergleicht, führt GMM in seinem letzten Bericht auf Platz 9 der weltweit skrupellosesten Unternehmen. Die Firma weigert sich, ausgehandelte Löhne zu bezahlen, die Gewerkschaft anzuerkennen und Sicherheitsnormen einzuhalten. Aufgrund der hohen Gesundheitsbelastung bei der Minenarbeit gab es früher eine unternehmensinterne Klinik („clínica obrera“), die den ArbeiterInnen ärztliche Versorgung zur Verfügung stellte. Doch 1999 wurde die Klinik geschlossen.

In den vergangenen Jahren hat GMM vermehrt und systematisch versucht, vorhandene Arbeitsplätze durch niedriger bezahlte, ungeschützte Arbeitsverhältnisse zu ersetzen. In der Mine „Pasta de Conchos“ im Bundesstaat Coahuila fand im Februar 2006 eine Explosion statt, in deren Folge 65 Arbeiter eingeschlossen wurden und umgekommen sind.

Daraufhin gingen die ArbeiterInnen wegen fehlender Krankenversorgung

und mangelhaften Arbeitsschutzes auf die Strasse. Inzwischen ist der Konflikt jedoch zu einem nationalen Kräftemessen zwischen Kapital und Staat und Gewerkschaften und Arbeiterklasse geworden.

Der Arbeitskampf wird von der Bergarbeitergewerkschaft „Sindicato Nacional de Trabajadores Mineros, Metalúrgicos y Similares de la República Mexicana (SNTMMSRM)“ geführt. Die Gewerkschaft kämpft seit langem gegen die Machenschaften von GMM und hat eine starke Verankerung bei den MinenarbeiterInnen. Der internationale Gewerkschaftsbund (IGB) schreibt 2009 in seinem Bericht über Mexiko: „Das größte Bergwerksunternehmen des Landes, Grupo México, und die Regierung haben versucht, die mexikanische Bergarbeitergewerkschaft ‚SNTMMSRM‘ zu zerschlagen.“

Es gab eine Anklage und Verurteilung wegen Korruption gegen den Gewerkschaftssekretär Napoleón Gómez Urrutia, der seitdem in Kanada im Exil lebt. Die Anklage basierte laut IGB auf offensichtlich gefälschten Beweisen. Doch wichtiger als das Exil des Sekretärs ist, dass die Regierung das Urteil zum Anlass nahm, einen Großteil des Geldes der Gewerkschaft zu konfiszieren und weitere GewerkschafterInnen anzuklagen und einzuschüchtern. Als Folge des Konfliktes wurde der Gewerkschafter Reynaldo Hernández González ermordet. Das Unternehmen versuchte mit der Unterstützung des Arbeitsministers, eine neue, ihm genehme Gewerkschaft bei GMM zu gründen und die ArbeiterInnen zu zwingen, ihr beizutreten.

Schon einmal haben die BergarbeiterInnen von Cananea eine bedeutende Rolle in der Geschichte Mexikos gespielt. Der legendäre Streik vom Juni 1906 gilt als Vorbote der mexikanischen Revolution. Damals marschierte das amerikanische Militär in Cananea ein, um den Streik zu beenden.

Die Regierung Calderón

Geschichte ähnelt sich manchmal, wiederholt sich aber bekanntlich nicht. Heute hat der mexikanische Staat eigene Repressionskräfte, um den Streikenden in Cananea zu begegnen. Das zuständige Arbeitsgericht hat ein

Urteil gefällt, das den Streik faktisch als illegal erklärt. Zuvor hatten die Streikenden ein Angebot von GMM in einer Versammlung abgelehnt. Der Staat reagierte prompt und die lokale Regierung kündigte an, die Minen von der Polizei räumen zu lassen.

In einer Veröffentlichung der Gewerkschaftssektion heißt es: „Die Multimillionäre, denen die Minen gehören – die auf intensive Art und Weise Tausende von MinenarbeiterInnen des Landes ausgebeutet und unterdrücken – haben die volle Unterstützung der Regierungen von Fox (vorheriger Präsident Mexikos, a.d.R.) und Calderón (jetziger Päsident, a.d.R.), genauso wie von der Unternehmerklasse. Die Arbeitssekretäre (vergleichbar mit Ministern, a.d.R.), die wie Wachhunde der Präsidenten agieren, haben viele Fallen gebaut, durch Kolumnen, Repression und Verfolgung."

Die Regierung zeigt klar, auf welcher Seite sie steht. Es wäre aber naiv zu glauben, dass lediglich die Person des Präsidenten oder seine Partei PAN den Charakter des Staates bestimmt. Gerade an der Verquickung der lokalen Behörden, der föderalen Regierung und der Arbeitsgerichte zeigt sich, dass der Staat durch und durch kapitalistisch ist und seine Aufgabe darin sieht, die Ausbeutungsverhältnisse aufrecht zu erhalten.

Eine neue Revolution?

Rund einhundert Jahre nach der mexikanischen Revolution stellt sich die Frage, was von den heroischen Idealen der mexikanischen Arbeiterklasse übrig geblieben ist? Die mexikanische Gesellschaft gleicht heute erneut einem schwelenden Vulkan, dessen kleine Ausbrüche nur Vorboten einer neuen großen Eruption sind.

Der heroische Kampf der MinenarbeiterInnen, die seit über 30 Wochen ohne Lohn dem Kapitalisten und dem Staat trotzen, steht in einer Reihe mit dem indigenen Aufstand der Zapatista-Armee im südlichen Chiapas 1994 und den schweren Unruhen um die „Volksversammlung" in Oaxaca 2006.

Die ArbeiterInnen in Cananea haben die Minen in eigener Regie übernommen und angekündigt, die Anlage „mit unserem Leben zu verteidigen". Welch bewundernswerter Schritt, der zugleich die Machtfrage

aufwirft: Wer, welche Klasse kontrolliert und bestimmt die Wirtschaft? Doch nun muss sie auch beantwortet werden. Wenn die ArbeiterInnen es nicht tun, wird es der Staat auf seine Weise tun! Die ArbeiterInnen sollten einen Rat bilden, der demokratisch gewählt und kontrolliert wird und die Kontrolle über die Produktion übernimmt. Zugleich muss die Verteidigung des Streiks und der Mine gesichert werden. Dazu muss die Solidarität mit anderen Belegschaften und der Bevölkerung hergestellt werden. Erste Schritte dazu sind bereits getan worden. Andere Streikende werden sich ein Beispiel an Cananea nehmen – das könnte der Startpunkt für die Koordination eines Generalstreiks in Unterstützung der streikenden „mineros“ und der Gründung von Kampforganen und Arbeiterräten in ganz Mexiko sein!

Das gilt umso mehr, als die Arbeiterklasse, die Bauern und die Millionen in den „informellen Sektoren“ auch massiv von der globalen Krise betroffen sind. Allein von Oktober 2008 bis Februar 2009 sind 550.000 Arbeitsplätze verloren gegangen, davon 52% in der verarbeitenden Industrie. Der Peso verlor 2008 fast 40 % seines Wertes gegenüber dem Dollar. Die Grundnahrungsmittel verteuerten sich 2007 um 17 %, im Jahr 2008 noch einmal um 6,25 Prozent. Der Staatshaushalt kommt durch den fallenden Ölpreis zusätzlich massiv unter Druck.

All das sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass die gesamte Arbeiterklasse und die Bauernschaft kämpfen müssen, wenn sie nicht für die Krise zahlen wollen.

Daher muss der Kampf der Mineros auch zum Ausgangspunkt für eine landesweite Mobilisierung aller Organisationen der Arbeiterklasse und der Unterdrückten gegen die Krisenkosten genutzt werden. Die Arbeiterklasse muss den Angriffen von Kapital und Regierung ihr eigenes Anti-Krisenprogramm entgegensetzen, das im Kampf für eine Arbeiterregierung gipfelt, die sich auf Räte und Milizen stützt und das imperialistische und mexikanische Großkapital sowie den Großgrundbesitz unter Kontrolle der ArbeiterInnen bzw. der ländlichen Armut enteignet.

2006 schrieben wir über Oaxaca: „Wenn sich die Volksversammlungen von Oaxaca auf ganz Mexiko ausbreiten, dann wird sich der Staat bundesweit mit

einer Gegenmacht konfrontiert sehen, der Macht des Volkes! (…) Die Volksversammlung wird [jedoch] nicht von allein zu einer Revolution werden. Es muss eine Partei geben, welche den politischen Weg zur Revolution weist. (…) Eine solche Partei ist das einzige Mittel, die spontane Wut der Massen in eine wirkliche politische, soziale und wirtschaftliche Veränderung umzuwandeln."

Damals ist das nicht passiert. Heute stellt sich diese Frage erneut. Und sie wird sich immer wieder stellen – so lange, bis der gewaltige Ausbruch des mexikanischen Vulkans nicht mehr verhindert werden kann.

Quellen:

www.socialismorevolucionariomexico.blogspot.com

www.jornada.unam.mx

www.survey09.ituc-csi.org (Mexiko)

www.sindicatomineroseccion65.com.mx

www.onesolutionrevolution.de (International, Lateinamerika)

Montagsdemo gegen S21

Montagsdemo gegen Stuttgart 21

Beteiligt euch an den Montagsdemos gegen das Milliardengrab Stuttgart21!!!

Wann? Immer Montags von 18:00 Uhr bis 18:45 Uhr

WO? Am Nordausgang vom Stuttgarter Hauptbahnhof

Es ist SEHR wichtig,dass sich auch Jugendliche am Widerstand gegen Stuttgart 21(auch bekannt als „S21“) beteiligen,da die S21 Befürworter nach wie vor behaupten,dass die Jugendlichen das größenwahnsinnige Projekt befürworten und es ihnen nutzen wird.

Das ist gelogen! Wir Jugendlichen haben keinen Nutzen von S21 und lehnen das Projekt ab!!!

Denn am Ende sind wir es,die das verschwenderischste Projekt,dass die Kapitalisten in Stuttgart je geplant und gebaut haben,bezahlen müssen.

Es bringt ABSOLUT NICHTS, ganze zwei(!) Minuten früher als heute in Ulm zu sein!

Deswegen ist es wichtig,Widerstand gegen S21 zu leisten!!!

WIR ZAHLEN NICHT FÜR DEN PROFITWAHN DER KAPITALISTEN!!!

WIR FORDERN:

KOSTENLOSER ÖFFENTLICHER NAH-UND REGIONALVERKEHR!

ENTEIGNUNG UND VERSTAATLICHUNG DER BAHN,KONTROLLIERT DURCH DIE BAHNMITARBEITER_INNEN UND BENUTZER_INNEN!

Dresden 2010 – Nazifrei!!!

Dresden 2010 – nazifrei!!!

Februar 2010

Am 13. Februar konnten die gemeinsamen Proteste und

**Blockaden in
Dresden-Neustadt den jährlichen Aufmarsch der Faschisten erfolgreich
verhindern.**

**Die Demonstration der Neonazis, die vom Bahnhof Neustadt losgehen
wollten, wurde durch die Blockaden verhindert. Um 17.00 Uhr wurde die
Versammlung der Nazis aufgelöst – die Polizei konnte die Nazi-Demo
nicht durchsetzen.**

**Bis dahin versuchten Nazigruppen immer wieder, AntifaschistInnen
anzugreifen. Auch das Autonome Zentrum Conny wurde attackiert. Doch
überall stießen sie auf Widerstand, nirgends konnten sie ihren
Aufmarsch durchsetzen bzw. AntifaschistInnen zurückschlagen. Dresden
2010 war eine große Niederlage für den braunen Mob!**

**Auf ihrem Rückweg haben die Neonazis dann in Gera und Pirna versucht,
eigene Märsche zu veranstalten. In Pirna überfielen sie ein
SPD-Bürgerbüro. Dies passt auch zu den vorherigen Aufrufen in ihren**

**Internetforen, wo die Faschisten zu Überfällen auf „Linke“ aufriefen,
speziell auf abfahrende Busse und Sammelpunkte.**

**In den letzten zehn Jahren hatte sich der Marsch in Dresden zu der
Großdemo deutscher und europäischer Faschisten entwickelt, im letzten
Jahr waren es über 6.000. Am 13.2. stellten sich mehr als 12.000
AntifaschistInnen den Neonazis in den Weg.**

**Beide Bündnisse – „No pasaran“ und „Dresden Nazifrei“ – haben
erfolgreich zusammen gearbeitet und gezeigt, dass Naziaufmärsche vor
Ort verhindert werden müssen – und können. Die Blockaden am Albertplatz
und am Hansaplatz sowie in der Antonstraße wurden bis zum Ende
gehalten, die Polizei konnte diese Blockaden nicht auflösen.
Der „zivilgesellschaftliche“ Protest in der Dresdener Altstadt mit
einer Menschenkette, bei denen Kirchen, die Grünen und Jusos die
maßgeblichen Akteure waren, stellte sich jedoch bewusst den Nazis nicht**

in den Weg. Doch Dresden hat erneut gezeigt, dass Antifaschismus nur dort wirksam wird und erfolgreich sein kann, wo versucht wird, den Nazis entgegenzutreteten, sie zu blockieren und ihre Aktionen zu verhindern. Das zeigte sich auch darin, dass die Organisatoren der Lichterkette nach getanem Kerzenhalten die TeilnehmerInnen nicht einmal zu einem Protestzug Richtung Dresden-Neustadt formierten, um die dortigen Blockaden und Proteste zu unterstützen, sondern sie nach Hause schickten!

Zugleich muss auch die Rolle der Polizei und des Staates bewertet werden. Auch das bürgerliche Establishment hatte zwar kein Interesse daran, dass die Nazis durch Dresden marschieren, kratzt ein solcher Aufmarsch doch am demokratischen Image des deutschen Imperialismus und erschwert das Krisenmanagement im „eigenen“ EU-Block. Aber es ist bezeichnend, dass mit Schikanen, Repressionen, Sperren von

Mobilisierungshomepages durch die Staatsanwaltschaft die antifaschistischen Aktivitäten schon im Vorfeld behindert wurden. Die Schikanen gab es dann auch in Dresden im großem Maße – beginnend mit der Kontrolle von Bussen bis hin zur vollständigen Abriegelung der Elb-Brücken nach Dresden-Neustadt, um den Zustrom weiterer Antifaschistinnen zu den Blockaden zu unterbinden.

Wir von der Gruppe Arbeitermacht und der Jugendorganisation REVOLUTION werden uns auch im nächsten Jahr wieder den Faschisten entgegen stellen, wir müssen überall ein breites politisches Bündnis gegen die Faschisten aufbauen und jeden rechten Aufmarsch verhindern!

Solidarität mit den Bildungsprotesten in den Niederlanden

Bildung erkämpfen!

Für internationale Solidarität und freie Bildung!

4. Februar 2010

In den letzten Tagen fanden mehrere Besetzungen und Demonstrationen in den Niederlanden gegen geplante Reformen im Bildungssystem statt! Eine dieser Reformen ist die Kürzung der finanziellen Unterstützung von Studierenden, um mehr als 20%. Aber diese Reform ist und war nicht der letzte Angriff auf ihre Bildung. Viele Studierenden haben Angst vor weiteren Kürzungen in den Bildungsetats, in Zuschüssen und Unterstützungen für die Studierenden

oder vor der sogenannten „Binding Study Advice“.

Gegen diese Angriffe fanden bis jetzt unter anderem Besetzungen in Utrecht, Amsterdam oder Rotterdam statt, sowie verschiedene Aktionen z.B. in Delft und Nijmegen. Wir von REVOLUTION unterstützen den Widerstand in den Niederlanden und überall sonst gegen Kürzungen, Repression und soziale Angriffe, sowie Angriffe auf die Rechte der Jugend!

Doch denken wir, dass wenn unser Kampf erfolgreich sein soll, dass wir eine antikapitalistische und klassenkämpferische Perspektive brauchen werden. Die Besetzungen und Proteste in den Niederlanden werden demokratische Strukturen brauchen. Solche Streikräte und Selbstverteidigungsorgane müssen auf Plena oder Vollversammlungen gewählt werden und jederzeit rechenschaftspflichtig und wieder abwählbar sein. Ihre Aufgabe muss es sein außerhalb der Versammlungen Aktionen vorzubereiten, den Streik auszuweiten und im Falle von Angriffen die
Verteidigung der Besetzungen zu koordinieren!

Wir müssen uns im klaren darüber sein, dass wenn wir unseren Protest auf dem Campus nicht ausweiten, dass wenn wir nicht gemeinsam mit anderen sozial Unterdrückten, wie Arbeitslosen, MigrantInnen und ArbeiterInnen zusammen kämpfen wir nicht einmal dazu in der Lage sein werden einige Reförmchen oder

demokratische Rechte zu erreichen. Und selbst wenn, würden sie sofort wieder angegriffen werden ab dem Moment wo sie durchgeführt wurden!

Der Kampf für eine freie und emanzipierte Bildung ist direkt mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbunden! Lasst uns für unsere Rechte und Bedürfnisse kämpfen, Lasst uns für den Sozialismus kämpfen!

· Für international organisierte Aktionen gegen Kürzungen und andere Angriffe auf unsere Bildung! Diese müssen mit anderen sozialen Bewegungen , wie der Anti- Krisenbewegung vernetzt sein!

· Für Europaweite Mobilisierungen wie die Bolognakonferenz in Wien vom 10.- 12. März in Wien und Budapest oder die Proteste in Brüssel gegen den Lissabonvertrag!

· Für eine antikapitalistische Perspektive und Organe wie Streikkomitees und Delegiertenkonferenzen, um Entscheidungen für kommende Aktionen zu treffen, anstatt sinnlosen Diskussionen fern aller Bedürfnisse der Bewegung!

· Für eine europäische SchülerInnen- und StudentInnengewerkschaft, die demokratische Strukturen hat und gegen jede Form der Bürokratie

kämpft!

· Für ein Jahr voller Aktionen, für ein erfolgreiches Jahr 2010 in der Bildungsstreikbewegung!

In Solidariträt zu den Kämpfen in den Niederlanden und überall sonst!

Achtung: der Kapitalismus muss schnellstmöglich gestürzt werden!

Zum Ausgang des Klimagipfels in Kopenhagen

Achtung: der Kapitalismus muss schnellstmöglich gestürzt werden!

Der Klimagipfel in Kopenhagen ist gescheitert. Alle Hoffnungen in „Hopenhagen“ sind enttäuscht worden.

Die bürgerliche Presse spricht von „grandiosem Scheitern“ und einem „Schlag ins Gesicht für Millionen von Menschen“. In Kopenhagen haben sich die politischen Führer der Welt vor allem wieder einmal auf eines geeinigt: auf nichts. Das Abschlussdokument, das zum Schluss im Eilverfahren von 20 Ländern hinter verschlossenen Türen entworfen wurde, nachdem bereits zwei Entwürfe zuvor gescheitert waren, ist eine unverbindliche Auflistung bestehender Erkenntnisse über den Klimawandel. Und selbst dieses Dokument wurde lediglich „zur Kenntnis“ genommen. Politiker sind jetzt bemüht, das Ergebnis schönzureden bzw. ihre Vorteile daraus zu ziehen. Angela Merkel warnt vor übermäßigem „Pessimismus“ und bezeichnet das Ergebnis (wenn es denn diesen Ausdruck überhaupt verdient) als „ersten Schritt hin zu einer neuen Weltklimaordnung“.

Ist das Ergebnis wirklich eine Enttäuschung?

Zugegeben, angesichts dessen, dass die USA vor zwei Jahren bei „COP 13“ (COP ist die offizielle Bezeichnung der Klimagipfel) auf Bali nachgegeben und erklärt haben, dass sie bereit seien, über ein Nachfolgeabkommen von Kyoto zu verhandeln, ist das komplette Scheitern dieser Verhandlungen bis dato selbst für den globalen Kapitalismus ein starkes Stück. Doch eine „Enttäuschung“ ist es für uns nicht. Eine

Enttäuschung ist es allenfalls für Greenpeace, den BUND und all die NGO´s, welche ihre Strategien auf eine „kritische Begleitung“ der Klimaverhandlungen ausrichten und starke Illusionen in die Gipfel hegen. Diese Kritik der reformistischen Vertreter_innen innerhalb der Linken macht einen entscheidenden Fehler, denn sie benennt die Ursache bei unnachgiebigen Politiker_innen, „falschen“ Regierungen und deren „falschen Strategien“. Wenn es andere (kapitalistische) Regierungen gebe, die enger mit der Basis verbunden seien und sich ökologisch verantwortlicher fühlten, könnten die Verhandlungen eine echte Aussicht auf Erfolg haben. Diese Illusion hegen wir nicht, und deshalb ist das Ergebnis für uns auch keine „Enttäuschung“, sondern trifft sich mit unseren Erwartungen. Denn die Unfähigkeit, auf die Gefahren des Klimawandels angemessen zu reagieren, liegt im System begründet. Angesichts unserer Analyse des Kapitalismus wundern wir uns nicht darüber, dass sich die Politiker als unfähig und –willig erweisen, sich „gegen die Interessen ihrer Industrien durchzusetzen“. (Aussage von Martin Kaiser, Greenpeace) Denn als Vertreter_innen des bürgerlichen Staates sind sie aufs engste mit diesen Industrien verbunden und von diesen abhängig. In ihrer Funktion sind sie nicht unabhängig, oder rein den Interessen des „Volkes“ oder der „Menschen“ verpflichtet. Sie vertreten die Interessen des (vorherrschenden) Kapitals, und das haben sie

allesamt in Kopenhagen vortrefflich getan.

Und was jetzt?

Greenpeace nennt auf seiner Homepage unter der Überschrift „Klimagipfel gescheitert – was nun?“ 8 Punkte, welche jede/r für sich schon heute in die Tat umsetzen kann (von Energiesparlampe über zu Fuß gehen bis zu regionalem Konsum). Rufen wir uns einmal ins Gedächtnis, um was es geht. Alle derzeitigen Erkenntnisse in der Klimaforschung weisen daraufhin, dass ein Anstieg der globalen gemittelten Temperatur auf höchstens 2° begrenzt werden sollte, da die Auswirkungen sonst nicht mehr beherrschbar seien. Allein diese „Erkenntnis“ strotzt geradezu von Rücksichtslosigkeit der Industrieländer. Viele Inselstaaten werden bei 2° bereits in die ewigen Jagdgründe entweichen und viele der ärmeren Länder mit dramatischen Konsequenzen konfrontiert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte der Anteil von CO_2 in der Atmosphäre auf maximal 450 ppm (parts per million, entspricht 0,045 %) begrenzt werden (er beträgt_derzeit ca. 380 ppm), und dafür wiederum müssten die weltweiten Emissionen an CO_2 und anderen Treibhausgasen (im Wesentlichen Methan) bis 2020 um 40% gegenüber 1990 und bis 2050 um 80% gesenkt werden.

Ist es angesichts dieser Zielvorgaben nicht etwas unzureichend, an die Verantwortung jedes Einzelnen zu appellieren? Es ist geradezu lächerlich, und darüber hinaus auch ungerecht. Die Zeche für den Klimawandel sollen die Lohnabhängigen bezahlen, die in Zeiten nicht nur der Krise, sondern auch der Globalisierung, sowieso unter permanenten Lohndruck stehen. Viele Familien müssen heute schon an allen Ecken und Kanten sparen. Die Kosten für gesellschaftliche Fehlschritte der Reichen und Mächtigen soll die überwiegende Mehrheit der Lohnabhängigen bezahlen – die Antwort von Greenpeace ist nur eine „Light-Version“ von diesem Prinzip. Die Frage der Energieeinsparung rein auf das persönliche Verhalten zu reduzieren, zeigt, wie weit ein großer Teil der Ökologiebewegung nach wie vor von der sozialen Lebenssituation der Lohabhängigen entfernt ist. Die Verantwortlichen für den Klimawandel sind diejenigen, die dieses Wirtschaftssystem aufgebaut haben und davon profitieren. Durch industrielle Produktion, Landwirtschaft und Verkehr, durch ein unsinniges und ungerechtes globales Handelssystem und ständigem Verlangen nach mehr und mehr Wachstum werden tagtäglich riesige Mengen an Treibhausgasen ausgestoßen, die nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen nötig sind und dafür auch nicht genutzt werden. In Deutschland wurde 2007 laut Umweltbundesamt 66.3 % des CO2-Ausstosses durch Energieproduktion, Industrie und

Gewerbe erzeugt. Demgegenüber stehen 33.4 % durch Verkehr und „Hauhalte und Kleinverbraucher“, wobei bei der Gruppe Verkehr wieder rum ein großer Teil durch industriellen Verkehr verursacht wird. Global lag der Groß der CO2-Emissionen 2000 mit 56 % bei Energie- und Industrieproduktion, Brandrodung und Abholzung von Wäldern. Verkehr und Landwirtschaft steuerten jeweils noch mal 14 % bei (Quelle: World Ressources Institute). Die Ursache des Klimawandels liegt in der Produktion, und nicht auf Seite der Konsument_innen! Solange die Grundsätze der Produktionsweise nicht geändert werden und die verschiedensten Staaten fortfahren, einen steigenden Energieverbrauch politisch zu fördern, können wir viele regionale Produkte einkaufen – selbst wenn das Millionen von Menschen machen würden, wäre dadurch das Problem keineswegs gelöst.

Nach der Konferenz in Kopenhagen sollte uns eines bewusst sein: der Kapitalismus wird mit den Aufgaben angesichts des Klimawandels nicht fertig werden, weil er sich im Grunde genommen dafür selbst abschaffen müsste. Aber das wird nicht passieren. Er wird kläglich daran scheitern (siehe hierzu auch unsere früheren Artikel auf unserer Homepage unter Klima und Umwelt). Wir müssen uns darauf einstellen, dass dieses Jahrhundert und das folgende von einem massiven Temperaturanstieg und den daraus resultierenden

verheerenden Folgen geprägt sein werden. Natürlich dürfen wir daraus nicht ableiten, dass wir nicht weiterhin unsere Forderungen an Politik und Wirtschaft stellen werden! Keine weitere Verhandlungsfarce wird je ohne unseren entschlossenen Widerstand stattfinden, und kein bürgerlicher Politiker wird sich unseren Forderungen und unserer geballten Kritik entziehen können. Aber der Klimawandel ist in vollem Gange, und zukünftige Gesellschaften werden damit umgehen müssen.

Wie könnten wirkliche Lösungen aussehen?

Deshalb muss die Kritik an den Staaten und ihren Machthabern mit dem Sturz des Kapitalismus verbunden werden. Wir dürfen keine falschen Illusionen in falsche Lösungen und falsche Konferenzen wecken. Die Alternative ist eine Gesellschaft, welche nach den echten Bedürfnissen der Menschen produziert, eine sozialistische Gesellschaft.

Nehmen wir also an, es gelingt uns, eine Reihe sozialistischer Revolutionen durchzuführen und eine komplette Umkrempelung der Gesellschaft in Angriff zu nehmen. Die Arbeiter_innen werden die Industrie und alle ihre Anhängsel enteignen und selbst die Kontrolle über die Produktion übernehmen. Dazu organisieren sie sich in Räten, welche auf betrieblicher, städtischer und staatlicher Ebene existieren. Über diese Räte wird in

einem Delegiertenprinzip die Produktion koordiniert und die entsprechenden Ziele abgeleitet und verteilt. Diese Räte arbeiten gemeinsam mit einer Regierung, welche aus ihnen selbst hervorgeht und von diesen kontrolliert wird, an der Umsetzung der Zielvorgaben, welche in einem ständigen Prozess von den Menschen vor Ort überprüft, angeglichen und verbessert werden (von anarchistischer Seite würde und wird an dieser Stelle sicherlich ein Sturm an Entrüstung über die generelle Notwendigkeit eines Staates kommen. Siehe dazu z.B. den Teil über „Anarchismus“ in unserem Programm). Die Produktion wird an die realen Bedürfnisse der Menschen angepasst werden.

Auf einen solchen sozialistischen Staat würden als eine der ersten Aufgaben die Reorganisierung der Energieversorgung und die Frage der Industrieemissionen zukommen. Von dem Kapitalismus werden wir ein System erben, das nach wie vor zu einem Großteil von fossilen Energieträgern abhängen wird, und noch dazu werden wir ständigen Versuchen der Sabotage und Angriffen ausgesetzt sein. Außerdem müssen wir in einem chaotischen und kritischen Zustand die Versorgung der Bevölkerung und den Aufbau der neuen Wirtschaftsordnung organisieren. Unter diesen Vorraussetzungen
sind wir in einer viel schwierigeren Lage, als es die großen kapitalistischen Staaten über die davor

liegenden 100 Jahre waren, um die Energieversorgung nachhaltig umzustellen. Dennoch sind wir uns unserer historischen Aufgabe bewusst und werden sie angehen. Generell sollte auf zwei Ebenen die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern schrittweise verringert werden (die einzelnen konkreten Aufgaben werden natürlich sehr von den entsprechenden Ländern und den dortigen Bedingungen abhängen).

Erstens auf der Ebene der Energieeinsparung. Wir brauchen nicht soviel Energie wie der Kapitalismus, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Große unnütze Bereiche, wie z.B. Werbung konkurrierender Konsumgüter, werden sofort abgeschafft. Die Forschung wird konzentriert, unnötige Mehrfachforschung vermieden und nicht mehr von Kapitalinteressen geleitet sein. Die Rüstungsindustrie wird auf ein Minimum beschränkt und schnellstmöglich ganz abgeschafft. Handelswege werden radikal verkürzt, die Produktion wichtiger Güter wie Lebensmittel wird auf lokale Ebenen zurückverlegt. Der Verkehr wird komplett umorganisiert, vielfache individuelle Verkehrswege werden durch die Reorganisierung der Wirtschaft sofort überflüssig (man denke an die Milliarden Pendler_innen auf dieser Welt!), genauso wie „fahrende Lagerstätten“ und energieintensive Verteilungswege. Das bestehende Schienennetz wird natürlich übernommen, in voller

Kapazität genutzt und ausgebaut, der öffentliche Verkehr wird kostenlos für alle verfügbar sein. Allein durch den Wegfall des ständigen Wachstumszwang und der damit verbundenen notorischen Überproduktion (Autoindustrie, Nahrungsmittelproduktion) sind wir in der Lage, große Mengen an Energie einzusparen. Die Wohnhäuser (in hiesigen Breitengraden) werden weiter mit Wärmedämmungen ausgebaut, verfügbare Abwärme von Industrieanlagen wird zur Beheizung genutzt und Wohnsiedlungen z.B. mit Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen ausgestattet werden.

Zweitens wird die verbleibende notwendige Energie auf erneuerbare Energiequellen umgestellt. Dafür hat die Forschung innerhalb des Kapitalismus bereits wichtige Vorarbeit geleistet, auf der wir aufbauen können. Doch die neue Forschung, welche nicht mehr unter dem Zwang der persönlichen Profitmaximierung steht, sondern der demokratischen Kontrolle aller Beteiligten unterliegt und einzig und allein derBefriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse dient, setzt ungeahnte Möglichkeiten frei, die im Kapitalismus aufgrund der Konkurrenzsituation unmöglich waren. Wir werden also die Forschung an den Möglichkeiten erneuerbarer Energien, jetzt unter einem neuem Vorzeichen, weiterführen und ausbauen. Auch hier werden natürlich wieder die einzelnen Schwerpunkte von den lokalen Gegebenheiten abhängen (Sonne, Wind, Wasser…). Mit

einem Energiemix könnte es bereits heute möglich sein, die Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energie umzustellen und Versorgungssicherheit zu garantieren. Die landwirtschaftliche Produktion von Lebensmittel könnte z.B. eng mit dem Aufbau von Biogasanlagen verbunden werden, welche lokal die Menschen mit Energie und Wärme versorgen. Die Sonne ist eine unermessliche Energiequelle, welche weiterhin nur darauf wartet, genutzt zu werden. Wenn wir nur 0,13 % der Erdoberfläche mit einem Wirkungsgrad von 5 % zur Erzeugung von Solarenergie nutzen könnten, könnten wir damit den gesamten heutigen Energiebedarf weltweit decken! An sonnenintensiven Standorten werden wir den Aufbau großer Solarkraftwerke unter dem Vorzeichen gerechter Verteilung der Kapazitäten massiv unterstützen, vorantreiben und selbst durchführen. Windkraft deckt bereits heute in Deutschland einen beträchtlichen Teil der Energieversorgung. Eine Kopplung der verschiedenen Techniken könnte eine Rundumversorgung gewährleisten. Die Technologien für eine emissionsarme Lebensweise sind bereits heute vorhanden. Was fehlt ist der politische Wille, diese zur radikalen Energiewende einzusetzen. Das entscheidende Hindernis auf diesem Weg, den Widerstand der Energie-, Öl- und anderer Konzerne, wird der frisch gebackene sozialistische Staat bereits mit seiner Entstehung erledigt haben. Denn diese

Konzerne werden dann bereits enteignet sein.

Die Klimabewegung

Diese Aufgaben werden natürlich nicht leicht werden. Die Energiewende wird auch im Sozialismus mit viel Arbeit und einiger Zeit verbunden sein. Aber wir können es schaffen, wenn wir das heutige System endlich hinter uns lassen. Kopenhagen hat auch eine erfreuliche Tatsache gezeigt: die Entstehung einer globalen Klimabewegung. An der zentralen Demonstration am 12.12. waren über 100 000 Demonstrant_innen gekommen. Die ganze Woche über waren noch tausende von Aktivist_innen in Kopenhagen und haben Aktionen organisiert. Zwei Camps wurden organisiert, wo sich jeweils zeitweise über 1000 Menschen einquartiert hatten. Es waren Menschen aus allen Teilen der Welt beteiligt. Organisator_innen sprechen von Teilnehmer_innen aus über 65 Ländern. Außerdem war in den Camps und auch auf großen Teilen der Hauptdemo eine deutlich radikale, antikapitalistische Stimmung zu spüren. Netzwerke wie „Climate Justice Now“ und „Climate Justice Action“ verstehen sich ebenfalls als Teile einer antikapitalistischen Klimabewegung. Viele sozialistische und kommunistische Parteien und Gruppen haben an der Demonstration teilgenommen.

Der Slogan „Anti-Capitalista“ hatte Hochkonjunktur.

Die Bewegung muss an diesem Anspruch festhalten und diesem auch gerecht werden! Momentan sind die verschiedenen Vorstellungen über die politische Ausrichtung noch recht vage, wenn es über die gemeinsame Ablehnung des Kapitalismus hinausgeht. Was von den meisten Leuten, wie wir es ja im Zeitalter der „Netzwerke“ á la attac ja bereits kennen, als großer Vorteil gesehen wird, ist eine Schwäche der Bewegung, da die kapitalistischen Staaten recht beruhigt sein können, wenn sich ihre Gegner nicht über ihren Weg einig sind. Eine große Herausforderung für die radikale Klimabewegung, ist ihre Forderungen mit den Forderungen der breiten Masse zu verbinden. Die Arbeiter_innenklasse muss für diese Forderungen gewonnen werden! Nur die Arbeiter_innen selbst sind in der Lage, die kapitalistische Produktion lahmzulegen (wie von Gipfelgegner_innen bei der Blockadeaktion „Hit the production“ versucht), dadurch die Kapitalisten an ihrer empfindlichsten Stelle zu treffen und darüber hinaus diesem System den Todesstoß zu versetzen. Radikale Einzelaktionen in Kleingruppen können die Orientierung auf die breiten Massen der Gesellschaft nicht ersetzen. „Dem autonomen Elitarismus setzen wir eine kommunistische Massenbewegung entgegen, die ihre Stütze in der Mehrheit der Bevölkerung hat.“ (Auszug aus unserem

Programm) Das ist zwar eine mühsame Aufgabe, und es mag leichter erscheinen, heute direkt loszuziehen und die Zentren der kapitalistischen Produktion kaputt zu schlagen, doch eine politische Perspektive ist damit nicht gewonnen.

Wir müssen unsere Kritik an dem vorherrschenden System mit einer Perspektive verbinden, die uns den Weg zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung weist, wie sie in diesem Artikel anskizziert wurde. Auch für die Klimabewegung brauchen wir deshalb Forderungen, welche den Kapitalismus in die Enge treiben und gleichzeitig die Organisation der Arbeiter_innenklasse zu seinem Sturz fördern. Ein zentrales Forderungspaket für die Klimabewegung muss sein:

– Sofortige entschädigungslose Enteignung der Energie- und Ölkonzerne und ihre Verwaltung unter Arbeiter_innenkontrolle

– Enteignung aller Betriebe, welche sich weigern, auf energiesparsame Produktionsweise umzustellen, ebenfalls unter Arbeiter_innenkontrolle

– Offenlegung aller Geschäftsbücher dieser Konzerne

– Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien, bezahlt durch Besteuerung

großer Vermögen und der großen Konzerne

Ein solches Forderungspaket schlägt eine Brücke zwischen den Forderungen nach unmittelbaren Maßnahmen und der Unzulänglichkeit des Kapitalismus – wer bestimmt über die (Energie-) Produktion in unserer Gesellschaft? Nach welchen Kriterien wird produziert? Darauf sollte sich die antikapitalistische Fraktion der Klimabewegung einigen können.

(für weitere Forderungen im Klimabereich siehe www.onesolutionrevolution.de –> Klima und Umwelt)

Gründung von REVOLUTION Nepal

Trotzkismus in Nepal: REVOLUTION – Nepal gegründet

Januar 2010

Eine neue Sektion von REVOLUTION, der

internationalen kommunistischen Jugendorganisation, die in politischer Solidarität zu der L5I (Liga für die fünfte Internationale) steht, ist in Nepal gegründet worden.

Nepal, das zu den ärmsten Ländern der Welt gehört, hat eine unterentwickelte Infrastruktur und vielerorts überhaupt keine. Viele Kleinbauern sind immer noch an ihr Land gebunden und es herrscht ungeheure Armut! Mehr als 30 Prozent der Bevölkerung müssen mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen und Tausende sind immer noch auf der Flucht oder ohne Heim auf Grund des Bürgerkrieges.

In einem Land wie Nepal stehen die politischen Konflikte im Mittelpunkt! Die traditionell sehr starken Maoisten gingen zwar als Sieger aus dem Bürgerkrieg hervor und traten der Regierung bei. Aber ihre Strategie führte zur Bildung einer bürgerlichen Regierung und nicht zur Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung, die die Lösung demokratischer Aufgaben (Z.B. Landreform und Enteignung des Großgrundbesitzes, Abschaffung aller Kastenprivilegien und des Kastensystems) mit einer sozialistischen Umwälzung (Enteignung der Kapitalistenklasse, demokratische Planung) verbunden hätte.
Das offenbart auch die Schwächen des maoistischen Programms. Während sie versuchen Nepal zu einer

„Demokratie“ aufzubauen, halten sie gleichzeitig die kapitalistische Ökonomie aufrecht.

Nun sind die Maoisten wieder in der Opposition und organisieren Generalstreiks, um die politische Basis der Regierung zu schwächen.
Unserer Meinung nach sollte es die zentrale Aufgabe von KommunistInnen in Nepal sein den Kampf für Demokratie mit dem Kampf der Arbeiterklasse und Kleinbauern über die Kontrolle über die Wirtschaft zu verbinden. 2006 brachte die Nepalesische Arbeiterklasse, durch den von den von den Maoisten geführten Generalstreik die UCPN(M) von Prachandra an die Macht.
Dies zeigte, dass die ArbeiterInnenklasse dazu in der Lage ist und war, die KapitalistInnen zu bekämpfen! Was fehlte war eine revolutionäre politische Führung, die diese Kraft hätte nutzen können, um für Arbeitermacht zu kämpfen. Das ist Trotzkis Strategie der permanenten Revolution und das ist die zentrale Botschaft für die REVOLUTION kämpfen wird!

Zu ihrer Gründung verabschiedete die Gruppe ein Statement, welches wir auch auf dieser Homepage veröffentlichen (siehe unten).

Rajesh, ein Mitglied von REVOLUTION Nepal, sagte „Wir hoffen den Sozialismus in Nepal zu erkämpfen. Wir glauben nicht, dass es hier oder irgendwo auf

friedlichem Wege geschehen kann. Also wollen wir als Revolutionäre kämpfen und die Situation ist günstig dafür!“
„Wir haben genug Kraft, um ihre Macht zu brechen und zu zeigen, dass der Kommunismus die einzige Lösung sein kann, um die Probleme Nepals und der Welt zu lösen. Wir wollen den wirklichen Klassencharakter der imperialistischen und kapitalistischen Länder enthüllen, denn es sind zwei völlig verschiedene Dinge, was sie von sich sagen und was sie tun.“
Die anderen Sektionen von REVOLUTION werden Seite an Seite mit unseren neuen GenossInnen in Nepal arbeiten, mit der Unterstützung und Hilfe der Liga für die fünfte Internationale. Wir wollen den Trotzkismus unter den ArbeiterInnen und Kleinbauern verbreiten, die nach einem revolutionären Ausweg aus dem kapitalistischen und imperialistischen Horror suchen!

Gründungserklärung von REVOLUTION Nepal

Januar 2010

Das letzte Jahrzehnt hat die Nepalesische Gesellschaft erschüttert wie nie zuvor. 2006 strömten tausende nepalesische ArbeiterInnen und arme Bauern in die

Hauptstadt Kathmandu, um die Tyrannei von König Gyanendra zu beenden, der die NepalesInnen so lange geknechtet hatte.

Der Hunger zwang sie, auf die Barrikaden zu gehen – doch jetzt hungern sie immer noch. Die Bewegung schaffte es nicht, die herrschende Klasse endgültig herauszufordern und den bürgerlichen Staat zu zerschlagen. Auch heute besitzt eine kleine Minderheit Land und Fabriken, und die Mehrheit der Menschen ist nicht dazu in der Lage, die Kontrolle über ihr eigenes Leben zu ergreifen.

Die politische Führung, die UCPN (M) wagte nicht, das kapitalistische System zu zerschlagen, weil sie bereits ihren Frieden mit ihm geschlossen hatte. Sie bevorzuge es, zusammen mit den Ausbeuterparteien, im Parlament zu sitzen anstatt Räte aus armen Bauern und ArbeiterInnen aufzubauen!

Heute lebt die Mehrheit der NepalesInnen in Armut und Unterdrückung. Sie wollen die Straße des Terrors und der Unterdrückung verlassen. Sie wollen eine Gesellschaft, in der sie über sich selbst bestimmen können. Sie wollen den Sozialismus!
Zur gleichen Zeit ist der ArbeiterInnenklasse in den meisten Ländern der Welt der Zugang zu den grundlegenden Errungenschaften der Technik versagt. Weltweit sterben Millionen an Hunger. Fast die Hälfte

der Weltbevölkerung verdient weniger als zwei US-Dollar am Tag, Milliarden sind an die Lohnsklaverei gebunden!

Gerade jetzt zeigt der Klimawandel, dass der blinde Wahn nach Profit dazu führt, sogar die Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit zu vernichten!
Gerade heute zeigt die historische Krise des Kapitalismus, dass er als Gesellschaftssystem schon lange ausgedient hat.

Wir sind eine Gruppe von Nepalesischen Jugendlichen, die dieses System von Ausbeutung und Zerstörung beenden wollen! Aber wir wissen, dass dazu eine Massenbewegung der ArbeiterInnen und armen Bauern notwendig ist. Nur jene, die nichts mehr zu verlieren haben, sind wirklich gewillt, die Ketten der Versklavung der Menschheit zu zerschlagen.
Um die Herrschaft der KapitalistInnen, ihrer bewaffneten Kräfte wie ihrer Handlanger zu brechen, wird spontanes Aufbegehren nicht ausreichen! Wir brauchen eine Organisation, welche die Stärke und Einheit im Kampf gegen die Grenzen dieses Systems bündelt.
Während die KapitalistInnen sich gegenseitig um den Platz an der Spitze bekriegen, haben wir den großen Vorteil, dass wir weltweit einig seien können.

Das ist nicht nur eine Option, sondern eine Notwendigkeit! Ein einzelnes Land wird nie stark genug sein, um dem Druck der Imperialisten zu widerstehen. Um ihre Privilegien zu verteidigen, werden sie die schmutzigsten und zerstörerischsten Waffen einsetzen. Die Maoisten sagen, es wäre nicht möglich, heute und jetzt für den Sozialismus zu kämpfen. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Wenn nicht heute, wann dann?! Immer wenn die Möglichkeit besteht, darf die ArbeiterInnenklasse nicht zögern, die Macht zu ergreifen. Das wird die einzige Möglichkeit sein, unsere Träume zu verwirklichen. Jeder, der das bezweifelt, unterstützt letzten Endes nur die Gegner!
Wir glauben, dass internationale Organisation für den revolutionären Kampf unbedingt notwendig ist. Wir müssen unsere Gedanken teilen, wir müssen uns um ein gemeinsames Programm sammeln, um gemeinsam handeln zu können. Wir stehen in Solidarität mit der internationalen Jugendorganisation REVOLUTION und wollen eine trotzkistische Gruppe in Nepal aufbauen!

Zu lange hat der Kapitalismus die Menschheit schon unterdrückt. Für die Zukunft gibt es nur einen Weg, für eine wirkliche Entwicklung der Menschheit gibt es nur eine Lösung: Revolution!

One Solution – REVOLUTION!

Solidarität mit Frankfurt!

Solidarität mit den Besetzer_innen – gegen die Räumungen!

nach der Räumung- der Kampf geht weiter :
kapitalistische Bildungskrise abwehren – Bildung erobern!

Dezember 2009

Am 30.11. wurde das Casino der Gothe-Uni besetzt. Dem ging eine Vollversammlung voraus, in der eine Resolution verabschiedet wurde. Kernpunkte sind:

1. Abschaffung des gesamten Bachelor-Master-Studiensystems und der Bologna-Richtlinien anstatt Versprechungen und Nachbesserrungen.

2. Absage an eine Bildung, die sich von den marktwirtschaftlichen Interessen ableitet.

3. Absage an internationale Konkurrenz und Standort Deutschland.

4. Kampf für selbstständiges Studieren, politisch-kulturelles Engagement und demokratische und selbstbestimmte Ziele.

Tausende Studierende beteiligten sich an der Aneignung ihrer Uni, darunter auch Dozent_innen und debattierten über Bildungspolitik, Belange der Uni und organisierten Plena, Workshops und andere Veranstaltungen bei denen es einen Raum für kritische Diskussionen außerhalb des Rahmenplans gab.

Schnell begann die Unileitung einerseits den Studierenden und ihre Organe durch Verhandlungen eine scheinbare Sicherheit und Kompromissbereitschaft zu suggerieren, tat aber parallel alles, um die Studierenden schlechtzumachen.
Der Grund für die Aneignungsaktion, die Forderungen und das alternative Bildungsprogramm der Studierenden wurde in lokalen Zeitungen und bürgerlicher Presse verschwiegen, Farbschmierereien wurden zur Beschädigung des Gebäudes heraufgespielt und jedes politisches Engagement außerhalb der kapitalistischen Parteien und die gesamte

Bildungsstreikbewegung der Student_innen kriminalisiert.

Am 2.12. wurde schließlich auf Aufforderung des Uni-Präsident Müller-Esterl der Campus durch die Einsatzhundertschaft der Polizei geräumt. Dieser Einsatz spaltete die öffentliche Meinung über die Rechtmäßigkeit von studentischem Widerstand und der Zweckmäßigkeit des polizeilichen Gewalteinsatzen.

Wir von der internationalen kommunistischen Jugendorganisation begrüßen die Aneignung der Uni durch die Studierenden und ihre Verbündeten und verurteilen die Unileitung und den Polizeieinsatz!

Fernab der Diskussion wie angebracht das farbliche Verschönern der weißen Wände ist, unterstützen wir die Bewegung der Student_innen und ihre Aktionen. Wir meinen, dass der Widerstand gegen das kapitalistische Bildungssystem und der Kampf für eine sozial-offene, gleiche und selbstverwaltete Bildung keine Frage der der Moral und Legalität ist, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit im Sinne studentischer Interessen und der gesellschaftlichen Mehrheit.
So muss man die Aneignungsaktion der Frankfurter als einen richtigen Ansatz sehen, die Bildung unter Kontrolle der Bildungsteilnehmer_innen zu stellen, öffentlichen Druck und eine Plattform aufzubauen, um

die Selbstorganisation der Aktivist_innen zu üben.

Diese Aktion steht im Zusammenhang mit dem internationalen Widerstand gegen die Bildungskrise des bürgerlich-liberalen Systems und ist ein Beispiel dafür, dass die Bewegung national wie international an Dynamik gewonnen hat.

In dieser Phase müssen wir lernen, gemeinsame effektive Kommunikationsstrukturen der Bildungsprotestbewegung aufzubauen, die von den Plenas und Vollversammlungen der Schulen, Unis und Bündnisse kontrolliert werden und in der Lage sind, andere gesellschaftlich-unterdrückte Gruppen wie Arbeiter_innen und Arbeitslose, Jugendliche etc. zu gewinnen, um eine größere Bewegung zu formieren, die in der Lage ist, liberale Angriffe zurückzuschlagen und eine Gegenmacht aufzubauen, die sich auf die Aktions-, und Selbstverwaltungsorgane der gesellschaftlichen Mehrheit stützt und dem System des Kapitals und der Krisen den Kampf ansagt.

-Nieder mit dem Präsidium der Goethe-Universität! Uni unter Selbstverwaltung der Student_innen und Dozent_innen!

-Weg mit Streikbrechern und Polizeigewalt! Für den Aufbau von Streikposten und Selbstschutzgruppen!

– Kein Bologna-Prozess! Internationaler Kampf gegen die kapitalistische Bildungskrise!

Perspektiven der Besetzungen

Welche Perspektive für die Besetzungen an den Unis?

**80.000 Studierende und SchülerInnen demonstrierten am 17. November in
Deutschland. In über 50 Hochschulen sind zentrale Hörsäle besetzt. In Berlin wurde auch eine Schule, das Albert-Einstein- Gymnasium, besetzt. Die Bewegung ist jedoch keineswegs eine, die sich „nur“ gegen die Missstände und Zumutungen des deutschen Bildungssystems richtet. Es ist eine internationale Bewegung. In Österreich sind seit fast vier Wochen die**

Unis besetzt. In Italien waren am 17.11. rund 150.000 auf der Straße. In Frankreich kommen hunderte von Schulen und Unis in Bewegung. Auch ausserhalb Europas fanden Aktionen statt oder befinden sich in Vorbereitung. Wir können also mit Fug und Recht von einer internationalen Bewegung sprechen. Diese umfasst außerdem nicht nur SchülerInnen und Studierende, sondern auch andere im Bildungs- und Erziehungssektor Tätige, so Beschäftigte in Kitas oder in Jugend- und Freizeiteinrichtungen,LehrerInnen an Schulen, Lehrende – von befristet beschäftigten Lehrbeauftragten und LektorInnen bis hin zum „akademischen Mittelbau“ – sowie „sonstige Beschäftigte“ an den Unis wie Mensapersonal, die sich z.B. als Beschäftigte des Studentenwerks im Arbeitskampf um höhere Löhne und gegen weitere Privatisierungen befinden.

Wie weiter?

Die Schüler- und Studentenbewegung stellt einen wichtigen Ausgangspunkt im Kampf gegen die Angriffe der Regierung dar. Die besetzten Uni-Hörsäle sind heute ihr Zentrum. Die Frage ist also, wie diese gehalten, die Besetzungen gestärkt und zu Besetzungen kompletter Unis ausgebaut werden können?! Und: Wie können diese Aktionen mit anderen Kämpfen der SchülerInnen, von Azubis und von Lohnabhängigen

verbunden werden? Bisher existieren die Besetzungen nur als lose, via Internet und „Netzwerke“ verbundene Aktionen. In den nächsten Tagen sollen jedoch erste Treffen zwischen den Unis stattfinden. Es gibt jedoch noch keine Koordinierung, keine gemeinsame Plattform, keinen Plan zur Steigerung der Aktivitäten über die Blockade der Kultusministerkonferenz am 12. Dezember hinaus. Hier unsere Vorschläge dazu:

1.

Die besetzten Hörsäle werden auf Dauer nur gehalten werden können, wenn die BesetzerInnen einen Weg finden, ihre Unterstützerbasis an den Unis selbst zu verbreitern. Dazu ist erstens ein bundesweites Forderungspaket notwendig, das die wichtigsten Forderungen der Studierenden zusammenfasst und mit jenen der SchülerInnen verbindet. Es muss in diesem Kontext auch deutlich werden, wer berechtigte Forderungen, z.B. nach mehr Lehrenden, besserer Ausstattung usw., finanzieren soll, z.B. indem die Forderung nach Besteuerung der Reichen erhoben wird.

2.

Von den BesetzerInnen wie auch von Bildungs- und SchülerInnenbündnissen muss eine systematische Agitation für Besetzungsstreiks betrieben werden. Warum? Erstens haben jahrelange „Reformdiskussionen“ gezeigt, dass von den Uni-Leitungen, den Ministerien usw. nichts zu erwarten ist außer folgenlosem und daher nutzlosem „Verständnis“. Daher müssen die Aktionen verstärkt werden. Nur Besetzungen an den Unis und Schulen erlauben, längerfristig Druck auszuüben, weil so der Lehrbetrieb lahm gelegt werden kann und so ein wichtiger Teil der Reproduktion in der bürgerlichen Gesellschaft gestört wird. Vor allem aber haben die SchülerInnen und Studierenden so Zeit, nicht ständig Protest und Schule/Studium unter einen Hut kriegen zu müssen. Sie müssen daher auch fordern, dass ihre Aktionen als „Streiksemester“anerkannt werden, um keinen Schaden für ihr Studium zu erleiden.

3.

Zweifellos ist es schwer, wenn nicht unmöglich, unmittelbar zu Vollbesetzungen zu schreiten. Die Besetzungen einzelner Hörsäle selbst haben aber nur

eine Perspektive, wenn sie sich die Vorbereitung solcher Besetzungen zum Ziel setzen – ansonsten werden sie früher oder später „bröckeln“ und zum Selbstzweck werden.

4.

Um die Aktionen zu verstärken und besser zu koordinieren, brauchen die Besetzungen politisch verantwortliche Streik- oder Besetzungskomitees, die während der Plena oder VVs die Streikenden nach außen repräsentieren, über taktische Fragen (z.B. Was tun, wenn die Polizei kommt?) entscheiden und die Koordinierung mit anderen Unis/Besetzungen übernehmen.

5.

Die Studierenden sollen sich mit den Bündnissen der SchülerInnen koordinieren, mit Kämpfen der ArbeiterInnen, mit Anti-Krisenbündnissen, um mit diesen gemeinsam rasch weitere Aktionen, Demonstrationen, Blockaden usw. zu organisieren, um den Druck der Bewegung zu erhöhen.

6.

Um die Dynamik der Besetzungen, der Aktionen zu stärken, sind nicht nur Agitation und Aufklärung an den Unis wichtig. Es müssen auch regelmäßig Aktionen in den Städten erfolgen, um die Bevölkerung zu erreichen und deren Solidarität zu erhalten.

7.

Um die Aktionen und Proteste im Bildungsbereich zu stärken und besser zu verbinden, schlagen wir die Schaffung einer bundesweiten sowie auch internationalen Koordinierung der Proteste im Rahmen von Aktionskonferenzen vor. Für Deutschland sollten die
besetzenden Unis rasch eine solche Konferenz einberufen. Ein erster Schritt wäre eine Konferenz direkt im Anschluss an die Bonner Bildungsproteste, zu der auch VertreterInnen der Schülerbündnisse, der Kitas, von ver.di und GEW und von den Mensa-Beschäftigten usw. eingeladen werden sollten.

Kein Vertrauen in die falschen Freunde aus den Uni-Leitungen und Ministerien!

Die „Solidarität“ und Unterstützung, die jetzt von Regierungen und Uni-Rektoren kommt, ist nicht nur verlogen, sondern auch falsch. Selbst Ministerin Schawan heuchelt Verständnis und rügt Unis und Länder, dass sie „die Reformen nicht umgesetzt“ hätten. Dabei sind doch die „Reformen“ wie Bachelor/Master Teil des Problems – nun nicht bloß deren „schlechte Umsetzung“.
Auch die jetzt ins Spiel gebrachte Erhöhung des Bafög ist reine Augenwischerei. Was die Studierenden, die Azubis, die SchülerInnen ab 16 brauchen sind Vergütungen oder Mindesteinkommen, von denen sie auch leben können – und zwar ohne dieser später wieder abstottern zu müssen! Rektoren, Direktoren und Länderministerien tun es Schawan gleich. Jetzt wollen auch sie schon immer für eine „ganz andere“ Wissenschaftspolitik gewesen sein. Auch wären sie mit den Studierenden und SchülerInnen „solidarisch“ – was freilich viele nicht daran gehindert hat, bei den letzten Bildungsstreiks oder auch nur in den letzten Wochen die Bullen zu rufen, um Besetzungen mit Gewalt aufzulösen. Die Uni-Leitungen und

Wirtschaftsministerien
haben nicht dieselben Interessen wie die Mehrheit der Studierenden – und schon gar nicht wie die der Mehrheit der Bevölkerung. Die Frage ist schließlich nicht bloß, dass es „mehr Geld“ für die Unis gibt; die Frage ist auch, wer das bezahlen soll? Die Frage ist, wer bestimmt,
wofür es verwendet wird: bürgerliche Professoren, Ministerien, Unternehmerverbände
oder die große Mehrheit der Gesellschaft – die Arbeiterklasse. Das sind die Alternativen! Es gibt im Kapitalismus kein Bildungs- und Ausbildungssystem, das über den Klasseninteressen
steht oder stehen könnte. Wenn wir für die Kontrolle der Unis, der Schulen u.a. Bildungseinrichtungen kämpfen, so geht es immer darum, die bestehende Kontrolle dem Kapital und dem bürgerlichen Staat zu entreißen und für die Kontrolle durch gewählte und jederzeit abwählbare VertreterInnen der StudentInnen, der Lehrenden und der Gewerkschaften zu kämpfen. Es geht darum, dem Protest eine anti-kapitalistische, revolutionäre und Klassenperspektive zu
geben. Denn: Nur im gemeinsamen Kampf von Studierenden, SchülerInnen, Azubis, Lehrenden mit alle anderen, von den Angriffe des Kapitals und der Regierung Bedrohten, haben die Besetzungen eine längerfristige Perspektive.

Freier und kostenloser Zugang zur Bildung für Alle!

- **Weg mit allen Arten von Studiengebühren! Volle Lehr- und Lernmittelfreiheit an allen Bildungseinrichtungen!**
- **Ausbildungsplätze für alle zu tariflichen Bedingungen, finanziert durch die Unternehmer!**
- **Nein zum Turbo-Abi! Abschaffung des Numerus Clausus!**
- **Mindesteinkommen/Vergütung für alle Studierenden, Azubis, SchülerInnen über 16 in der Höhe von 1000,- Euro netto!**

Nein zu BA/MA! Nein zu Bologna und der weiteren Vermarktwirtschaftlichung der Unis und Bildungseinrichtungen!

- **Nein zu allen Privatisierungen! Ausbau und Sanierung der Bildungseinrichtungen, finanziert**

durch Besteuerung der Unternehmen und großen Vermögen!

- **Abschaffung des Bachelor! Schluss mit der Verschulung der Uni, mit Anwesenheitspflichten und Leistungsterror! Kontrolle über die Studienordnung durch Studierende und Lehrende, Kontrolle über Unis u.a. Bildungseinrichtungen durch die Lernenden, Lehrenden und die Arbeiterbewegung!**

Gemeinsamer Kampf!

- **Neueinstellung von 100.000 neuen LehrerInnen an den Schulen bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**

- **Kein Outsourcing von Mensen u.a. Einrichtungen der Unis! Tarifliche Bezahlung für alle Lehrbeauftragen, Beschäftigten und einen Mindestlohn von 10 Euro netto pro Stunde für Reinigungskräfte, Mensenbeschäftigte usw.!**

- **Für das Recht auf volle politische Betätigung an der Uni ohne Wenn und Aber!**

- **Polizei und Sicherheitskräfte raus aus Schulen**

und Unis!

- **Massenblockaden und organisierte Selbstverteidigung gegen Räumungsversuche!**
- **Aufbau von Besetzungs- und Streikkomitees, die von den Plena und VVs gewählt werden, diesen verantwortlich und jederzeit abwählbar sind!**
- **Bundesweite Koordinierung der Aktionen, rasche Einberufung einer bundesweiten Delegiertenkonferenz aller besetzten Unis!**
- **Einberufung einer Aktionskonferenz aller im Bildungsbereich Kämpfenden, Verknüpfung mit den Anti-Krisenbündnissen, um die Losung „Vom Bildungsstreik zum Generalstreik!“**

Bericht Bildungsdemo

Stuttgart 21.11.09

Wir sind hier, wir sind laut!

Am 21.11.09 fand in Stuttgart im Rahmen der Bundesweiten Aktion „Bildungsstreik“ und der „Global week of action“ eine Bildungsdemo statt.Dazu mobilisierten die Bildungsstreikaktion Baden-Württemberg,konkret das SchülerInnenaktionskommitee Stuttgart(SAK).

Viele SchülerInnen und StudenInnen aus BW folgten diesem Aufruf.Treffpunkt des Demozuges war eine Seitenstraße am Hauptbahnhof Stuttgart(Lautenschlager Straße,für alle Ortskundigen).

Die Demo war mit ca.3000-4000 TeilnehmerInnen ganz in Ordnung,auch wenn mal wieder hauptsächlich große Parteien MLPD,LINKE und SPD eine große Teilnehmerzahl stellten.
Auch wir von REVOLUTION waren vertreten,jedoch mit einer überschaubaren Anzahl

Demonstranten.

„Begleitet“ wurde die Demo auf ihrem Weg durch Stuttgart vor allem von einer massiven Bullen-/Polizeipräsenz.Als der Demozug nach zwei Stunden stillstand,begannen die „Staatsmänner- und frauen in grün“(ja,das waren sie)aus unbekannter Ursache nervös zu werden.

Der Verkehr wurde erfolgreich für eine weitere halbe Stunde durch eine „Kundgebung“ während der Demo blockiert und musste teilweise umgeleitet werden.
Nach Ende der „Kundgebung“ begann die Demo sich aufzulösen und ein Großteil zog in Richtung Uni und demonstrierte dort weiter.

ONE SOLUTION-REVOLUTION!

Aufruf zum internationalen

Aktionstag der Bildungsbewegung 17.11.2009

Internationaler Aktionstag der Bildungsbewegung!

Aufruf zum 17.11

Wir von der internationalen kommunistischen Jugendorganisation

REVOLUTION unterstützen den internationalen Protesttag am 17.11,

welcher innerhalb der „Global Weeks of action“ stattfindet. Neben dem

Aufruf des „International Students Movement“(ISM) hat auch die letzte Bildungskonf

erenz in Bonn den 17.11 unterstützt — wir wollen mit allen unterstützen

den Gruppen und Bündnissen den Bildungsstreik weiterführen.

Gerade weil der 17.6 mit mehr als 250 000 TeilnehmerInnen in Deutschland

ein erfolgreicher Bildungsstreik war und ein breites Bündnis von SchülerInnen

und StudentInnen dafür mobilisierte, ist es wichtig den Protest

weiterzuführ en. Besonders die Tatsache, dass der 17.11 ein international

er Protesttag ist und bisherige Proteste der ISM, AktivistInnen aus über 20

Staaten, verteilt über alle 5 Kontinente zusammen brachte, ist eine neue

Perspektive der Bildungsbewegung.

Gerade in Deutschland

wird dieser Termin wichtig. Bis zum 17.11 werden wir eine neue Bundesregier

ung haben, welche die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Jugend,

die Arbeitnehmer und die Arbeitslosen abwälzen wird. Ein Bestandteil

dieser Politik wird eine weitere Welle von Privatisierung im öffentlichen

Bereich sein. Gerade im Schul -und Ausbildungsbereich sind weitere Kürzungen

zu erwarten, der 17.11 bietet uns die Möglichkeit der neuen Bundesregier

ung unseren Widerstand auf der Straße zu zeigen.

In der

Bildungsbewegung ist es wichtig, dass wir die internationale Vernetzung

und Aktion ausbauen, dass wir gemeinsame Proteste veranstalten und

Strukturen für unsere Ziele aufbauen. Dafür wird es wichtig sein, das die

Bildungsbewegung sich aktiv in die Anti-Krisenproteste einbringt, gemeinsam

mit den Beschäftigten und Arbeitslosen müssen wir uns gegen die

Auswirkungen der Krise wehren.

Beteiligt euch am

17.11 – geht in eure Bündnisse und fordert Aktionen am 17.11

Unterstützt die

internationale Aktion an euren Schulen, Unis und Berufsschulen!

Unsere Forderungen für die Bildungsbewegung:

Kostenlose

Bildung für alle!

– Weg mit dem Mehrgliedrigen

Schulsystem! Abschaffung aller Elite- und Privatschulen!

– Weg mit allen Schul-, Uni- und Lehrgebühren!

–

Mindesteinkommen für alle SchülerInnen, StudentInnen und Azubis

ab dem 16. Lebensjahr in Höhe von 1000 Euro Netto! Bezahlt

durch Besteuerung der Reichen!

– Studien- und Ausbildungsp

lätze für alle!

Keine Repression durch LehrerInnen, ProfessorInn

en,

AusbilderInnen,

Staat und Polizei!

–

Abschaffung aller Strafmöglichkeiten wie Tadel, Verweise, Fehlzeiten

etc.

–

Abschaffung aller Überwachungskameras

und Securitydienste!

–

Prinzipielles Verbot des

Betretens von Bildungseinrichtungen durch Polizei und Bundeswehr!

– Sicherheit durch wähl- und abwählbare Strukturen und Tribunale

aus SchülerInnen, StudentInnen, Azubis, Ausbildenden,

LehrerInnen etc.

– Für ein Recht auf Streik für SchülerInnen

, Azubis, StudentInnen, aber auch für LehrerInnen und ProfessorInn

en (auch verbeamtete)!

Versammlung- und Meinungsfrei

heit für Alle!

Freiräume unter Selbstverwaltung der SchülerInnen,

Studierenden und Azubis!

– Für volles Aktions- und Streikrecht aller

SchülerInnen, StudentInnen, Azubis, LehrerInnen und der

Beschäftigten!

– Ausbau der Rechte der SchülerInnen –

‚StudentInnenvertretung!

– Für den Aufbau einer Klassenkämpferischen

unabhängigen SchülerInnen und StudentInnengewerkschaft!

– Für freie und selbstverwaltete Freiräume in Schule, Uni und Betrieb!

– Volle Organisations- und Propagandafreiheit für SchülerInnen,

StudentInnen, Azubis, LehrerInnen und den Beschäftigten in Schule, Uni

und Betrieb!

– Für die Organisation der Lehrform und -inhalts in Schule,

Uni und Betrieb durch Räte von SchülerInnen, Studierenden

, Azubis und Ausschüsse der LehrerInnen und Elternräte auf wähl-

und abwählbarer Delegiertenbasis in jeder Funktion!

Kein

Bildungsraub!

– Rücknahme aller Kürzungen und

Arbeitszeitverlängerungen im Bildungsbereich! Neueinstellung von

LehrerInnen und Personal im Bildungsbereich — voller Personal - und

Kostenausgleich in den Bildungsetats!

– Gegen Schulzeitverk

ürzungen, wie dem G8 Abitur!

Nein zu den Marktinteressen der

KapitalistInnen!

– Weg mit Bachelor und Master!

Vom Bildungsstreik zu Generalstreik!

Von der Gegenmacht zur Rätemacht!

One solution-REVOLUTION